

NACHRICHTEN

Überschuss von über 1 Milliarde

Bern – Der Ständerat hat stillschweigend die letzten Differenzen beim Bundesbudget 2008 ausgeräumt. Bei Einnahmen von 57,976 Milliarden und Ausgaben von 56,854 Milliarden resultiert nun im ordentlichen Budget ein Einnahmenüberschuss von 1,122 Milliarden Franken. (sda)

Neues Mittel für die Fahndung



Bern – Mit einem Nationalen Polizei-Index soll die Polizei wirksamer ermitteln können. Der Nationalrat hat dazu grünes Licht gegeben.

Eine Art von elektronischem Inhaltsverzeichnis soll es erlauben zu prüfen, ob eine bestimmte Person in einem Polizeisystem des Bundes oder der Kantone verzeichnet ist. Bis anhin muss hierzu jede Behörde einzeln angefragt werden. SP-Nationalrat Andrea Hämmerle (Bild/Graubünden) bezeichnete das Gesetz als einseitig auf die Interessen der Polizei abgestellt. (sda)

Ausländer als Problem dargestellt

Bern – Die negative Darstellung von Ausländern hat den vergangenen Wahlkampf geprägt: Dies besagt eine von der Kommission gegen Rassismus (EKR) in Auftrag gegebene Studie. Vor allem die SVP habe Ausländer als Problem dargestellt. Drei Viertel der festgestellten negativen Darstellungen von Ausländern und Minderheitsangehörigen gingen auf diese Partei zurück. Die EKR fordert die Politiker auf, diskriminierende Typisierungen in Zukunft zu verhindern. (sda)

WWF erhält mehr Spenden

Zürich – Die Umweltorganisation WWF Schweiz hat 2007 33,4 Millionen Franken an Spendengeldern erhalten, das sind 2,6 Millionen Franken mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Mitglieder blieb bei 310 000 Personen stabil. (sda)

Zivildienst

Neuer Einsatz im Konfliktgebiet

Anstatt Senioren betreuen sollen Zivildienstleistende Konflikte auf Pausenplätzen lösen. Das Konzept kommt gut an: Der erste «Friedenskurs» ist ausgebucht.

VON JÜRGEN AUF DER MAUR

Seit zehn Jahren kennt die Schweiz den Zivildienst. Seither leisteten 15 000 Männer diesen Dienst an der Gesellschaft, weil sie aus Gewissensgründen nicht bereit sind, Kriegsdienst zu leisten. Statt auf der Alp Geschütze einzurichten, mähen Zivildienstleistende Bergwiesen, restaurieren Kulturgüter oder sind in der Jugendarbeit, in der Entwicklungszusammenarbeit oder in Spitälern und Heimen im Einsatz.

Doch nun sollen weitere Möglichkeiten dazukommen: Zivildienstleistende könnten schon bald im Einsatz für gewaltfreie Konfliktlösung und gegen Jugendgewalt oder überhaupt im Kampf gegen Konflikte im öffentlichen Raum stehen. Ein entsprechendes Pilotprojekt wird vom Bund unterstützt, wie Samuel Werenfels, Leiter Zivildienst im Bundesamt für Volkswirtschaft, bestätigt.

Kurs bereits ausgebucht

Vorerst 16 Zivildienstleistende kommen im Projekt «Friedens-Schule» in den Genuss einer Ausbildung, wie Konflikte gewaltfrei bearbeitet und gelöst werden können. «Der Kurs ist ausgebucht und soll, nach einer eingehenden Evaluationsphase, weitergeführt werden», sagt Nicolas Zogg von der Gemeinschaft Schweizerischer Zivildienstleistender (GSZ). Zogg ist verantwortlich für das Projekt «Friedens-Schule», aber auch für das Schwesterprojekt «Konfliktprävention im öffentlichen Raum durch Zivildienstleistende».

Einsatz gegen die Gewalt

«Zivildienst und Friedensdienst sind inhaltlich stark miteinander verhängt», sagt Werenfels zur Motivation des Bundes, sich zu engagieren. «Zivis sind Leute, die nicht zuletzt deshalb den Militärdienst verweigern, weil sie sich für Gewaltfreiheit engagieren wollen.» Diese Motivation wolle der Bund mit seinem Engagement beim Pilotprojekt nutzen.

Es gibt aber noch einen zweiten Ansatzpunkt für den obersten Zivildienstchef. Das Parlament hat beschlossen, den Zivildienst zu reformie-



Einsatz eines Zivildienstleistenden in einem Pflegeheim. «Zivis» sollen neu auch helfen, Konflikte zu schlichten.

KEYSTONE

ren und Zivildienstleistende künftig vermehrt auch spezifisch in der gewaltfreien Konfliktlösung auszubilden. Werenfels: «Als wir mit der Idee der Friedens-Schule konfrontiert wurden, sagten wir gerne zu.»

Angebot vergrössern

Hinter dieses Anliegen stellt sich auch der Bundesrat, wie einer Antwort auf eine Interpellation von Josef Lang (Grüne, Zug) zu entnehmen ist. «Die Zahl der Einsatzbetriebe des Zivildienstes, die sich spezifisch der Gewaltprävention widmen, ist zurzeit klein», schreibt die Regierung.

Werenfels aber hat konkrete Vorstellungen, wo solchermassen ausgebildete Zivildienstleistende zum Einsatz kommen könnten:

• Verschiedene Gemeinden, darunter auch Cham oder Zug, arbeiten mit so genannten «Peacemaker-Konzepten»,

die von Jugendlichen – mit Hilfe von Lehrkräften und Jugendarbeitenden – selber getragen werden. Zivis könnten bei konkreten Problemen auf dem Schulhausplatz gegen eine Gewalteskalation zum Einsatz kommen.

• «Vorstellbar» für Werenfels wäre auch, dass Gemeinden, die ein Gewaltproblem haben, entsprechend ausgebildete Zivilschützer für eine bestimmte Dauer engagieren. Werenfels: «Zivildienstleistende wären dann so etwas wie Gassenarbeiter in Sachen Frieden.»

• Euro-08-Einsatz: Die Stadt Zürich prüft, ob sie allenfalls Zivildienstleistende in den Fan-Meilen einsetzen will, um Gewaltausbrüche frühzeitig zu verhindern.

Pflichtenheft vom Bund

Der erste Kurs der Friedens-Schule findet vom 10. bis 15. Februar im Friedensdorf Broc bei Freiburg statt.

EXPRESS

- ▶ Seit 1997 leisteten 15 000 Menschen Zivildienst.
- ▶ 16 erhalten eine Ausbildung in Konfliktlösung.
- ▶ Der Kurs wird wegen der regen Nachfrage wiederholt.

«Jeder Zivi soll eine Grundausbildung in gewaltfreier Konfliktlösung erhalten», umschreibt Zogg das Ziel der Friedens-Schule.

Gesuche für Einsätze im öffentlichen Raum müssen von den Gemeinden kommen, während der Bund dann die Pflichtenhefte kontrolliert und gutheisst.



Bonus: Zivildienstleistende im Friedensdienst. Infos zum Thema unter www.zisch.ch/bonus

Initiative eingereicht

120 000 sorgen sich um Boden

ap. Die Stiftung Helvetia Nostra von Umweltschützer Franz Weber hat gestern die Tandeminitiative «Rettet den Schweizer Boden» eingereicht.

Mit den beiden Initiativen Webers soll der Schweizer Boden vor landschaftsbelastenden Bauten geschützt und dem Zweitwohnungsbau ein Riegel geschoben werden. Insgesamt wurden laut Weber je über 120 000 Unterschriften gesammelt. «Wir haben festgestellt, dass die Leute wirklich genug von der Verunstaltung der Schweiz haben», sagte Franz Weber. Der Umweltschützer zeigte sich hoch erfreut darüber, dass die im Mai 2006 lancierten Initiativen zu Stande gekommen sind. Allein damit werde der Druck auf die Politik erhöht.

Sportstadien nur bei Bedürfnis

Mit dem ersten Begehren richtet sich Weber «gegen masslosen Bau umwelt- und landschaftsbelastender Anlagen». So sollen Industrie- und Gewerbekomplexe, Steinbrüche, Flugplätze, Einkaufszentren, Anlagen der Abfallverwertung und -beseitigung, aber auch Sportstadien, Vergnügungsparks und Parkhäuser nur noch erstellt und erweitert werden, wenn gesamt-schweizerisch ein dringendes Bedürfnis besteht.

Mit der Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen» soll der Anteil von Zweitwohnungen am Gesamtbestand der Wohneinheiten und der für Wohnzwecke genutzten Bruttogeschossfläche einer Gemeinde auf höchstens 20 Prozent beschränkt werden.

Nationalrat

Verwahrung ist unter Dach und Fach

Die Verwahrungsinitiative kann umgesetzt werden.

Die SP warnte vergeblich davor, Täter nach zu laschen Kriterien wegzusperren.

sda. Der Nationalrat stimmte einer entsprechenden Revision des Strafgesetzbuches mit 119 gegen 55 Stimmen gestern zu. Damit kann die Verwahrungsinitiative umgesetzt werden. Die letzte Schlacht in der Debatte um die Konformität der Verwahrungsinitiative mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) wurde bereits in der Herbstsession geschlagen. Damals beschloss der Nationalrat gegen den Willen ihrer Rechtskommission, auf die Vorlage einzutreten.

Der Vorschlag von Bundesrat und Ständerat wurde gestern deshalb im Grundsatz nur noch von der Linken bestritten. Die Bürgerlichen waren sich darin einig, dass mit der Vorlage sowohl der EMRK wie auch der Volksinitiative Genüge getan wird.

Herauskommen sei fast unmöglich

Chancenlos blieb auch der Antrag einer linken Kommissionsminderheit, die Gründe für eine lebenslange Verwahrung enger einzugrenzen. Ausserdem wollte sie die Definition eines schweren Gewaltverbrechens strenger fassen. Die Voraussetzungen für eine



Eine Zelle in der Strafanstalt Pöschwies. KEY

Entlassung aus der lebenslänglichen Verwahrung seien fast unerfüllbar, sagte Andrea Hämmerle (SP, Graubünden) namens der Minderheit. Wer einmal verwahrt sei, für den sei es kaum mehr möglich herauszukommen. Genau deshalb müssten die Voraussetzungen für eine Verwahrung sehr restriktiv sein. Der Grüne Daniel Vischer (Zürich) merkte an, er sei gespannt, wie dereinst das Verdikt des Europäischen Menschenrechts Hofes ausfallen werde. Dieser werde sich nämlich zu diesem Geschäft äussern. Die Ratsmehrheit folgte jedoch mit 114 gegen 59 Stimmen Bundesrat Christoph Blocher und lehnte das Ansinnen der Minderheit ab. Der scheidende Justizminister sah die öffentliche Sicherheit gefährdet, falls die Gründe für eine Verwahrung stärker eingeschränkt würden.

Ständerat

Höhere Mehrwertsteuer soll die IV retten

8,1 statt 7,6 Prozent Mehrwertsteuer und Zustupf aus der AHV: So soll die IV ins Lot gebracht werden. Das letzte Wort hat das Volk.

sda. Für diesen «realistischen Kompromiss» hätten alle Seiten Haare lassen müssen, lobte Kommissionspräsidentin Erika Forster (FDP, St. Gallen) gestern im Ständerat. Überraschend ins Boot geholt werden konnte die SVP, obwohl sich Partei und Fraktion klar gegen Mehreinnahmen für die Invalidenversicherung (IV) ausgesprochen hatten.

Mehrwertsteuer auf 8,1 Prozent

Mit 35 zu 0 Stimmen gutgeheissen wurde eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Für sieben Jahre sollen der Normalsatz um 0,5 Prozentpunkte auf 8,1 Prozent, der reduzierte Satz um 0,2 Prozentpunkte auf 2,6 Prozent und der Hotelleriesatz um 0,2 Prozentpunkte auf 3,8 Prozent erhöht werden.

Der Zuschlag dürfte ungefähr das jährliche Defizit der IV von 1,5 bis 1,8 Milliarden Franken decken und bis 2016 zu einer ausgeglicheneren Rechnung führen. Nicht lösen kann er das Problem, dass die IV-Schuld von 10 Milliarden Franken den AHV-Fonds belastet und langfristig die Altersrenten gefährdet.

Der Ständerat beschloss deshalb, für die IV einen eigenständigen Ausgleichs-

fonds zu schaffen. In diesen soll die AHV 5 Milliarden Franken als Schwankungsreserve überweisen. Die aufgelaufene Schuld der IV wird im AHV-Ausgleichsfonds belassen. Diese Schuld, die Ende 2009 zwischen 12 und 15 Milliarden ausmachen dürfte, muss neu zu Gunsten der AHV verzinst werden. Der Bund übernimmt von 2010 bis Ende 2016 zwei Drittel der Zinsbelastung (zirka 243 Millionen Franken pro Jahr). 122 Millionen trägt die IV.

Die Mehrwertsteuererhöhung, für die es die Zustimmung von Volk und Ständen braucht, wurde mit der Schaffung des IV-Ausgleichsfonds verknüpft. Mit zum Konzept des Ständerates gehört zudem der Auftrag an den Bundesrat, dem Parlament bis Ende 2012 die Botschaft für eine 6. IV-Revision vorzulegen.

Nagelprobe im Nationalrat

Bundesrat Pascal Couchepin war des Lobes voll über das Werk der Ständeratskommission. Nicht nur ein Ausbluten der IV werde damit verhindert. Die Vorlage liege auch im Interesse der AHV-Rentner.

Die erste Nagelprobe folgt nun im Nationalrat, wo die SVP wesentlich schärfere Töne anschlagen wird. Die Grosse Kammer hatte im März eine Mehrwertsteuererhöhung in der Gesamtabstimmung verworfen, weil der Rat auf die von FDP und CVP strikt geforderte Befristung verzichtet hatte.